

eine Gruppe, die sich mit ihrem Laden auf dem „Marktplatz“ zu behaupten sucht, die Anerkennung als gesellschaftlich wirksame Einrichtung anzielt und zwei Gruppen aus Hochschulgemeinden, einer Solidariitäts- und einer Aktionsgruppe. Neben Öffentlichkeits- und Menschenrechtsarbeit suchen die Mitglieder der ersten in unmittelbarer Begegnung mit Menschen der Dritten Welt die Erweiterung ihres eigenen Bewußtseins (ausdrücklich wenden sie sich aber gegen die Vorstellung eines „Büros für Solidaritätstourismus“). Durch die Begegnung mit einem lateinamerikanischen Bischof war aus einer ursprünglich primär spirituellen Gruppe ein politischer Arbeitskreis entstanden. Mit kleinen, konkreten Schritten sucht die zweite Gruppe in einer Hochschulgemeinde eine große studentische Öffentlichkeit zu erreichen und zu mobilisieren; sinnvermittelnd sei dabei die Gemeinschaftserfahrung.

Autonomiestreben der Gruppen respektieren

Auch zu diesem dritten Typ gerechnet werden eine Basisgemeinde-Gruppe und eine Bildungshausgruppe, die beide ihre Wurzeln im Bewegungsaufbruch der siebziger Jahre hätten. Deren Geschichte verlief gegenläufig: Während erstere in der Partnerschaft mit einer Basisgemeinde in Mittelamerika einen „Weg in die Radikalität“ beschritten habe, ihr Engagement dabei als Auftrag zur Prophetie im eigenen Land versteht, erfuhr die Bildungshausgruppe eine „Auskuhlung der Utopie“. Aus dem alternativen Projekt ganzheitlichen Lebens zwischen Landkommune und Kloster ist eine Gruppe entstanden, die mit dem Anspruch hoher Professionalität Bildungsveranstaltungen sowie die Vernetzung anderer Dritte-Welt-Gruppen anbietet und dabei auch versucht, kirchliche Strukturen zu einer größeren Sensibilität für gesellschaftliche Mißstände zu bewegen. Den Abschluß der Studie bildet ein

Empfehlungskatalog, bezogen auf die verschiedenen kirchlichen Ebenen. Dabei stellt das Autorenteam unter anderem der kirchliche Bildungsarbeit eine besondere Aufgabe: Angesichts der erhobenen häufigen Neigung zu einem „kämpferischen Moralismus“, der nicht immer von Sachkenntnis untermauert sei, plädieren sie für eine stärkere Professionalisierung und „ökonomische Alphabetisierung“ der Dritte-Welt-Gruppen durch ein wissenschaftlich fundiertes Bildungsangebot. Für die angemahnte kirchliche Unterstützung der Dritte-Welt-Gruppen geben die Autoren der für die Pastoral

sicherlich insgesamt aufschlußreichen Studie grundsätzlich aber eines zu bedenken: Jede Förderung, Beeinflussung und Begleitung müsse sich an einem zentralen Motiv und Bedürfnis der Gruppen ausrichten: „Selbstbestimmung und Autonomie in der Wahl der Tätigkeitsbereiche, Aktionsformen, Projektauswahl, Mittelverwendung und Erfolgskontrolle.“ Prinzipiell könne nicht für die Gruppen, sondern nur mit ihnen gearbeitet werden. Mit dem in der Studie belegten motivgenerierend wirksamen „anti-institutionellen Affekt“ sollten die Institutionen reflexiv umzugehen lernen. A. F.

Bischofssynode: Votum für die Unabhängigkeit des Libanon

Fünf Jahre nach dem offiziellen Ende des Bürgerkriegs im Libanon trafen sich in Rom Vertreter der in zahlreiche Riten gespaltenen katholischen Kirche des Landes zu einer Sonderversammlung der Bischofssynode für den Libanon. Die Kirchenvertreter nutzen die Gelegenheit zu einem leidenschaftlichen Appell für die Souveränität ihres Landes.

Vom 26. November bis zum 14. Dezember fand in Rom die seit langem angekündigte und geplante Sonderversammlung der Bischofssynode für den Libanon statt. Trotz mancherlei zunächst geäußelter Vorbehalte von seiten nicht-katholischer Kirchen und muslimischer Vertreter wurde die Synode zu einem entschlossenen Zeichen für interreligiöse Zusammenarbeit zugunsten eines nationalen, demokratischen Konsenses über die Konfessions- und Religionsgrenzen hinweg. Auffallend langwierig war die Vorbereitungsphase dieses Bischofstreffens. Wenige Monate nach dem offiziellen Ende des libanesischen Bürgerkriegs im Oktober 1990 berief Johannes Paul II. die Synode am 12. Juni 1991 ein. Anfang 1992 wurde der Rat des Synodengeneralsekretariates für die Sonderversammlung für den Libanon gebildet. Dieser tagte insgesamt sechsmal, und zwar März, Juni und September 1992, März 1993, März und Mai

1995: viermal in Rom, zweimal in Adma (Libanon). Das zu erwartende nachsynodale Schreiben wird der Papst voraussichtlich im Zusammenhang mit einer Reise in den Libanon noch in diesem Jahr veröffentlichen.

Eine „politische“ Schlußbotschaft

Die Zusammensetzung der Synode zeugte von der komplizierten innerlibanesischen Lage. 119 Bischöfe, Priester, Ordensleute und Berater kamen zusammen, davon sieben Patriarchen, elf Kardinäle sowie je 19 Erzbischöfe und Bischöfe. Geleitet wurden die Beratungen von Kardinal *Nasrallah Sfeir*, dem Patriarchen der Maroniten, und Kardinal *Achille Silvestrini*, dem Präfekten der vatikanischen Ostkirchen-Kongregation. Als Gäste nahmen fünf Vertreter von nicht-katholischen Kir-

chen an den Beratungen teil sowie je ein Vertreter der Sunniten, Schiiten und Drusen.

Am 13. März 1993 waren die „Lineamenta“ veröffentlicht worden. Die Zeit für die Antworten auf diesen ersten Vorbereitungstext war zunächst bis zum 1. Mai 1994 befristet, später aber bis zum 1. November 1994 verlängert worden. Am 15. August 1995 berief der Papst die Synode für Ende November bis Mitte Dezember ein. Ungewöhnlich war, daß das „Instrumentum laboris“ erst unmittelbar vor Beginn der Synode veröffentlicht wurde. Zum erstenmal war auch Arabisch offizielle Sprache einer Bischofssynode.

Die Schlußbotschaft fiel insgesamt inhaltlich substantieller und weniger zeremoniell aus, als man dies von anderen Bischofssynoden der letzten Jahre gewohnt ist. In größerem Umfang als das „Instrumentum laboris“ geht sie auf politische und gesellschaftliche Fragen ein bzw. den Beitrag, den die Kirchen und religiösen Gemeinschaften dazu liefern wollen und können. Der Text befließt sich einer offenen Sprache, die nicht nur Kritik an anderen religiösen Gemeinschaften des Libanons miteinschließt, sondern auch Selbstkritik.

Die Schlußbotschaft setzt sich aus drei Abschnitten zusammen: Der erste befaßt sich mit der kirchlichen Einheit im Libanon, einem Land mit *unterschiedlichen Riten* (innerhalb der katholischen Kirche), *Konfessionen und Religionen*. Der zweite geht auf die Notwendigkeit ein, *nationale Einheit* trotz der „interkommunitären“ Verhältnisse herstellen zu wollen. Im dritten Abschnitt werden eine Reihe von gesellschaftlichen Bereichen angesprochen, die für die *weitere Normalisierung des Lebens im Libanon* von großer Bedeutung sind und für die die Kirchen ihren spezifischen Beitrag leisten wollen.

Überraschend ungeschminkt benennt die Botschaft die von (syrischer) Fremdbeherrschung gekennzeichnete *innenpolitische Lage* des Landes: Nichts sei so niederschmetternd für das libanesische Volk wie das Gefühl, nicht mehr Herr über das eigene

Schicksal zu sein. Dieses Gefühl lähme das Leben der Nation, verzögere die Rückkehr der Emigranten und fördere die Auswanderung in andere Länder. Als Ziele nationaler Politik definiert sie: „Rückkehr des Staates“, „Wiederherstellung der Sicherheit“, „freier Verkehr in den meisten Teilen des libanesischen Hoheitsgebietes“, „Beginn des Wiederaufbaus des Landes“.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen über künftige libanesische Staatlichkeit steht die Forderung nach *staatlicher Unabhängigkeit*. Aufgabe der Politiker sei es, „die Unabhängigkeit des Libanon sowie die Entscheidungsfreiheit auf nationaler und internationaler Ebene zu schützen“. Niemand habe das Recht, „uns vom Verhandlungstisch für den Frieden auszuschließen und sich an unserer Stelle um unsere eigenen Interessen zu kümmern, als seien wir Minderjährige, die unter Vormundschaft stehen“.

Auf der Suche nach einem nationalen Konsens

Die Synodenteilnehmer belassen es nicht bei allgemeinen und indirekten Hinweisen auf die Nachbarstaaten, die in die Souveränität des Libanon bis heute eingreifen, sondern nennen „Roß und Reiter“ beim Namen: „Die Souveränität des Landes auf seinem Hoheitsgebiet muß wiederhergestellt werden, indem die israelische Besatzungsmacht dieses Gebiet verläßt in Anwendung der Entscheidungen der Vereinten Nationen. Im übrigen muß der innere Frieden in die Tat umgesetzt werden durch den Abzug der syrischen Truppen aus dem Land und die Ausdehnung der Anwesenheit der libanesischen Armee auf die Gesamtheit des Staatsgebiets.“ Die Deutlichkeit, mit der Damaskus an seine Verantwortung erinnert wird, verwundert auch deshalb, weil die Bischöfe in der Frage der Beziehungen zu Syrien als gespaltener gelten, als es hier erkennbar wird.

Neben der Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit nach außen entwerfen

die Synodenteilnehmer ein Konzept für die *innere strukturelle Befriedung des Landes*. Schlüsselbegriff ist der Begriff der „Interkommunitarität“. Darunter wird ein „friedliches Zusammenleben“ verstanden, „das die kulturelle Identität jeder unserer Gemeinschaften respektiert“.

Die Botschaft beläßt es nicht bei einer Betonung des Zusammenlebens unterschiedlicher religiöser Gemeinschaften, sondern unterstreicht die Notwendigkeit eines übergreifenden „demokratischen Konsenses“. Kritisiert wird jenes gruppenegoistische Gezerre, das das politische Handeln im Libanon bis heute belastet: „Unsere Gemeinschaften erniedrigen sich oft auf das Niveau einfacher und konkurrierender Interessengruppen oder das der Klientelwirtschaft.“

Die katholischen kirchlichen Gemeinschaften werden davor gewarnt, „die Einigelung unserer Gemeinschaften auf die Spitze zu treiben“, indem jede nur ihre eigenen Interessen schützt: „Wir sollten im Gegenteil unsere Gemeinschaften gegenüber unserer libanesischen Gesellschaft öffnen und aus ihnen integrierte Bestandteile und anregende Faktoren dieser Gesellschaft machen in einer Nation, in der man das Gemeinwohl nicht mehr einzeln, sondern zusammen verwaltet.“

Sehr unmittelbar spiegelt sich der politische Alltag des Landes in einer weiteren Forderung wider: Die Synode setzt sich dafür ein, daß die Gläubigen „sich nicht einfach der Zugehörigkeit zu ihrer Religionsgemeinschaft... bedienen (sollten), um dieses oder jenes Amt zu erhalten oder darin bestätigt zu werden...“ Anderen Religionsgemeinschaften gegenüber formuliert man etwas zurückhaltender: Man würde sich freuen, wenn auch sie sich ähnlich verhielten. Eine „neue Denkweise in der Politik“ wird skizziert, „die jede Gemeinschaft in die Entscheidungen, die das ganze Land betreffen, miteinbezieht, damit keine von ihnen dem ganzen Land das auferlegt, was nur einer bestimmten Gemeinschaft nützt und den Traditionen der anderen nicht entspricht“. In einem Zeitungsinterview wurde Kardinal Sfeir deutlicher:

Es brauche einen „stärkeren säkularen Staat“ (La Croix, 28.9.95).

Auch in anderer Hinsicht beläßt es die Schlußbotschaft nicht bei diplomatischen Umschreibungen der Probleme: „Willkürliche Verhaftungen“ sollen nach dem Willen der Synodenteilnehmer ein Ende finden, „politische Gefangene freigelassen“, „das Los der verschwundenen Personen aufgeklärt“ werden, „die ohne rechtsgültiges Urteil aus dem Libanon Vertriebenen in die Lage versetzt werden, nach Hause zurückzukehren und dort in Sicherheit zu leben“, „die Gleichheit aller vor dem Gesetz und vor den Gerichten wiederhergestellt“ werden. Der libanesischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird vorgehalten, daß sie sozial ungerecht sei: Sie schaffe keine Arbeitsplätze und lindere nicht die Probleme des fehlenden Wohnraums und des Gesundheitswesens.

Weiteres zentrales Thema der Schlußbotschaft ist die *künftige Rolle der insgesamt 18 verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften* im Libanon – 12 christliche, fünf muslimische und das Judentum. Der katholischen Kirche mit ihren sechs verschiedenen Riten und Hierarchien (Maroniten, Melkiten, Chaldäer, Syrer, Armenier, Lateiner) wird eine „neue Mentalität“ nahegelegt: Statt des Bestrebens, die Unterschiede hervorstreichend, solle

die Einheit hervorgehoben werden – „bei aller Achtung der Verschiedenheit“. Man bekennt sich zu vermehrter „Harmonisierung“ und „Zusammenarbeit“ zwischen den Kirchen. Ständige Büros zur zwischenkirchlichen Koordination sollen eingerichtet bzw. weiterentwickelt werden.

In den Synodenberatungen waren weitergehende Vorstellungen entwickelt worden: Der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, sprach sich gegen pastorale Überschneidungen zwischen den katholischen Riten und für Patriarchate aus, die mehrere Riten umfassen. Erzbischof *Paul Bassim*, der lateinische Apostolische Vikar in Beirut, favorisierte eine „einzige, gemeinsame, universale katholische Jurisdiktion“.

Die Synode bekannte sich darüber hinaus zu intensivierten Beziehungen zu anderen christlichen Kirchen. In der Schlußbotschaft spricht man sich für ein *christlich-islamisches Zusammenleben* „in einem Klima der Freiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz und der aufrichtigen Zusammenarbeit“ aus. Die drei muslimischen Sprecher auf der Synode bejahten ihrerseits, daß die Religionsgemeinschaften ihr Eigeninteresse zugunsten der Nationwerdung des Landes zurückstellen sollten. *Saud Almula* vom Obersten Schiiten-Rat des Landes und Berater des libanesi-

schen Präsidenten betonte, der Libanon habe keinen Sinn ohne seine Christen und ohne seine Muslime. Alle Libanesen müßten sich in den Staat einreihen, „in Gerechtigkeit, Gleichheit und in gleicher Würde für alle und zwischen allen“. Jesuiten-General *Peter-Hans Kolvenbach*, der selbst 25 Jahre im Libanon als Wissenschaftler tätig war, wies zugleich auf bestehende Schwierigkeiten im christlich-islamischen Dialog im Lande hin. Dieser Dialog sei notwendig, auch wenn er bislang „mehr als Hoffnung denn als Realität“ bestehe.

Auch wenn das Interesse der Weltöffentlichkeit an dieser Bischofssynode gering ausfiel, für den Libanon – vertreten durch seine religiösen Führer – bot sie eine seltene Gelegenheit, sich vergleichsweise offen und ungehindert über die eigenen Visionen und Konzepte für die Zukunft des Landes auszutauschen. Die Distanz zum Ort des behandelten Geschehens, das internationale Klima Roms – beides könnte die gewünschte Offenheit eher begünstigt haben. Eine Synode der „Sonntagsreden“ wurde diese Bischofssynode, wie Beobachter bemerkten, nicht. Aber auch verändern wird sich nun der Libanon nicht von einem Tag auf den anderen. Aber manchmal ist es bereits viel, „nur“ miteinander gesprochen zu haben.

K. N.

Polnische Orientierungsprobleme

Politik, Kirche und Gesellschaft nach den Wahlen

Die politische Landschaft Polens ist voller Turbulenzen: Ein nur mit knapper Mehrheit gewählter Präsident aus dem Lager der früheren Kommunisten, ein Premierminister auf Abruf, Gerangel um wichtige Regierungsämter. Die katholische Kirche scheint nach dem Sieg von Aleksander Kwaśniewski über Lech Wałęsa verunsichert; ob das Konkordat zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl ratifiziert wird, ist fraglich.

Unglücklicher hätte das Jahr 1995 für die polnische Politik kaum enden können. Es war kein Geringerer als der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Linksallianz (SLD) des Jahres 1990, *Włodzimierz Cimoszewicz*, der den Scherbenhaufen der „classe politique“ im demokratischen

Polen kurz vor dem Amtsantritt des aus seiner eigenen politischen Formation kommenden neuen Präsidenten *Aleksander Kwaśniewski* benannte: Auf dem scheidenden Präsidenten (*Lech Wałęsa*) lasten ernste Vorwürfe der Verletzung der Steuergesetzgebung. (Die Nachforderungen belaufen